

Flüchtlingskrise potenziert Eurokrise

CDU-Rebell **Klaus-Peter Willsch**: Schuldenländer wollen Fiskalpakt aushöhlen

Wie bewertet der Mittelstand das Krisenmanagement der Bundesregierung zur Bewältigung der Flüchtlingskrise? Diese Frage stand im Mittelpunkt eines Gespräches zwischen dem CDU-Spitzenpolitiker Klaus-Peter Willsch und den BDS-Vertretern Günther Hieber, Hans-Peter Murmann und Joachim Schäfer.

Günther Hieber brachte seine Sorge darüber zum Ausdruck, dass die Bewältigung der Krise für Deutschland finanziell nicht zu stemmen sei und berief sich dabei auf Untersuchungen des IFO-Instituts und auf Aussagen des renommierten Wirtschaftswissenschaftlers Bernd Raffelhüschen. Der Leiter des „Forschungszentrums Generationenverträge“ hatte errechnet, dass Deutschland in den nächsten sechs Jahren 17 Milliarden Euro pro Jahr aufwenden müsse, um die Flüchtlingskrise finanziell zu bewältigen – vorausgesetzt die Flüchtlinge integrierten sich erfolgreich in den deutschen Arbeitsmarkt.

Belastung der Haushalte

Klaus-Peter Willsch teilt Raffelhüschen's Prognosen. Selbst wenn sich die Integration der Zuwanderer innerhalb von sechs Jahren bewerkstelligen ließe, spreche Raffelhüschen – langfristig betrachtet – von Zusatzkosten in Höhe von 900 Milliarden Euro, sagte Willsch und machte dies an einem Rechenbeispiel deutlich: Ein junger Migrant müsse mindestens zehn Jahre die Schule besuchen, dann noch einmal drei Jahre auf eine weiterführende Schule gehen. Hinzu kämen weitere drei Jahre Lehrzeit. Insgesamt also 16 Jahre, die der Jugendliche dem Arbeitsmarkt nicht zur Verfügung stehe. Hinzu käme,



„Während die Euro-Rettung bei uns metaphysisch überladen ist, betreibt Paris eine knallharte Interessenpolitik.“

(Klaus-Peter Willsch)

dass 20 Prozent der Flüchtlinge Analphabeten seien, die kaum in den Arbeitsmarkt integrierbar wären. Dies alles würde die öffentlichen Haushalte in dem Umfang belasten, der sowohl von Bernd Raffelhüschen als auch von Hans-Werner Sinn berechnet wurde. Zudem habe eine Umfrage des IFO-Instituts ergeben, dass deutsche Unternehmen Flüchtlingen fast nur als Aushilfen ohne besondere Ausbildung eine Chance geben würden. Was der Arbeitsmarkt aber brauche, seien Fachleute, die eine hochwertige Arbeit erbringen könnten, unterstrich Klaus-Peter Willsch seine kritische Haltung.

Aushöhlung des Fiskalpaktes

Die finanziellen Risiken der Flüchtlingskrise für Deutschland werden nach Ansicht von Klaus-Peter

Willsch noch potenziert durch die Eurokrise, die inzwischen in der Öffentlichkeit zu seinem Bedauern leider zu kurz käme. Während in Deutschland die Menschen den Gürtel enger schnallen müssten, um trotz der Flüchtlings- und Zuwanderungskrise keine neuen Schulden aufnehmen zu müssen, sähen andere Länder in der aktuellen Krise eine Chance, den Fiskalpakt auszuhöhlen. Einige Finanzminister – so Willsch – wollten Ausgaben für Flüchtlinge nicht in jedem Fall bei der Berechnung des Defizits berücksichtigen wissen. Willsch wörtlich: „Erneut wird also wieder zwischen ‚guten‘ und ‚schlechten‘ Schulden unterschieden.“ Harte Worte der Kritik findet Klaus-Peter Willsch für das Nachbarland Frankreich. Während die



Euro-Rettung in Deutschland „metaphysisch überladen“ sei, betreibe Paris eine knallharte Interessenpolitik. So habe der französische Wirtschafts- und Währungskommissar Moscovici die Einhaltung von Defizitkriterien als Zahlenfetischismus bezeichnet. „Der Mann ist eine Fehlbesetzung“, so das knallharte Urteil von Klaus-Peter Willsch über den französischen Wirtschafts- und Währungskommissar. Plänen der EU-Kommission, eine europäische Haftung für Spareinlagen durchzusetzen, erteilt Klaus-Peter Willsch eine klare Absage. Zur Erläuterung: Wenn Banken in der EU plei-

te gehen, gibt es bisher einen Mindestschutz von 100 000 Euro pro Kunde. Da dies in 14 EU-Staaten nicht gewährleistet ist, soll nach dem Willen der EU-Kommission ab 2017 eine EU-Garantie die Konten sämtlicher Sparer schützen, falls die nationalen Systeme nicht ausreichen. Damit gäbe es eine kollektive Einlagensicherung, in der deutsche Banken letztlich auch für Sparer in Griechenland und Portugal mithafteten würden.

Erpressbarkeit Deutschlands

Für Klaus-Peter Willsch ein Stück aus dem Tollhaus, „weil der Zustand der Banken abhängig ist, von der na-

tionalen Finanz- und Wirtschaftspolitik“. Damit würden falsche Politikentscheidungen auf alle Sparer der Währungsunion abgewälzt werden, warnt Willsch.

Eine weitere Gefahr sieht der CDU-Haushaltsexperte in der Erpressbarkeit Deutschlands durch Griechenland, wenn es um die Flüchtlingskrise geht. Griechenland könne immer damit drohen, Flüchtlinge nach Deutschland durchzuwinken, wenn sich die Bundesregierung weiteren finanziellen Forderungen der Hellenen widersetze. Dies käme einem Horrorszenario gleich, so die Einschätzung des „Euro-Rebellen“. A.S. ■

Klaus-Peter Willsch

empfang in seinem Berliner Abgeordnetenbüro die BDS-Vertreter Günther Hieber und Hans-Peter Murmann

Zur Person

Klaus-Peter Willsch

Klaus-Peter Willsch ist seit 1998 Mitglied des Deutschen Bundestages. Bei der Bundestagswahl 2013 erreichte er 52,1 Prozent der Erststimmen und erzielte damit das drittbeste Ergebnis aller hessischen Bundestagsabgeordneten. Der studierte Volkswirt und Reserveoffizier (letzter Dienstgrad: Hauptmann d.R.) war von 2002 bis 2013 ordentliches Mitglied im Haushaltsausschuss des Deutschen Bundestages und hier auch Obmann für die CDU/CSU Bundestagsfraktion. Wegen seines von der Fraktionsmehrheit abweichenden Abstimmungsverhaltens beim Euro-Rettungsschirm wurde Willsch abgestraft und nicht mehr in den Haushaltsausschuss entsandt. Seitdem ist er ordentliches Mitglied im Ausschuss für Wirtschaft und Energie und stellvertretendes Mitglied im Verteidigungsaus-

schuss. Zudem ist er Beisitzer im Vorstand des Parlamentskreises Mittelstand (PKM) der CDU/CSU-Bundestagsfraktion.

Bereits im Mai 2010 lehnte Willsch das erste Griechenland-Paket sowie den temporären Euro-Rettungsschirm (EFSF) ab. Gemeinsam mit den Abgeordneten Schäffler (FDP), Canel (FDP) und weiteren sieben Bundestagsabgeordneten gründete Willsch im Jahr 2012 eine „Allianz gegen den ESM“.

Im Mai 2014 wurde der „Abweichler“ innerhalb der eigenen Partei scharf kritisiert, weil er ein Bündnis der CDU mit der Alternative für Deutschland (AfD) ins Gespräch gebracht hatte. Klaus-Peter Willsch sagte in diesem Zusammenhang in der *Bild am Sonntag* vom 15. November 2015: „Wir müssen dazu kommen, Flüchtlinge an den Grenzen zurückzuweisen. Gelingt uns das nicht, werden die Bürger der Kanzlerin das Vertrauen entziehen.“ Zudem berichtete er über wachsende Frustration in der Bundestagsfraktion: „Hier herrscht Verzweiflung darüber, dass die Regierungsspitze nicht aufnimmt, was an sie hergetragen wird.“ ■